

Antragsteller: Gemeinderat

**Stellenprozentage Gemeindeverwaltung/Arbeitsüberlastung in der
 Gemeindeverwaltung/Antrag Stellenaufstockung**

022.1

Orientierung

Bereits seit längerer Zeit ist gemeinde-intern eine Ueberlastung der Mitarbeitenden feststellbar. Diese manifestierte sich im laufenden Jahr noch stärker (Entwicklung/Wachstum Gemeinde). In der Folge wurden die Tätigkeiten und der Arbeitsaufwand der Mitarbeitenden detailliert erfasst sowie analysiert. Ebenso wurden die Zahlen mit denjenigen der Nachbargemeinden in Kontext gesetzt. Allerdings sind diese sehr schwierig zu vergleichen, weil die Begebenheiten (Gemeindeorganisation/Grösse/Einwohnerstruktur, etc.) in jeder Gemeinde etwas anders sind. Fakt ist indes, dass auch die anderen Gemeinden Ueberlastungen ausweisen und Stellenprozentage aufstocken müssen. Interessant ist ebenfalls, dass in mindestens zwei Gemeinden sogar noch Pensionierte für die Bauverwaltungsarbeiten beschäftigen.

Ausgangslage

Die derzeitige Situation präsentiert sich wie folgt in SOLL-Stellenprozentagen (gem. der Pflichtenhefte):

- Verwaltungsleiterin (VL)/Finanzen 90 %
- Gemeindeschreiberin/Einwohnerdienste/
AHV-Zweigstellenleiterin/Berufsbildnerin 100 %
- Verwaltungsangestellte/Stv. VL 80 %
- Verwaltungsangestellte 80 %
- Bauverwaltung 100 %
- Schulleitung 65 %
- Pensionierung von Ch. Bieli in 1½ Jahren
- Pensionierung von E. Eng in 2 Jahren

Durch ihre Erkrankung im Frühjahr 2022 ist sie nicht mehr 100 % arbeitsfähig. Ihre Arbeiten wurden auf die Mitarbeitenden, den Gemeindepräsidenten und an eine externe Firma (Erstellung Budget / Jahresabschluss) verteilt.

Der SOLL-Zustand ist schon viel zu lange wesentlich überschritten. Durch die stark gestiegenen Ansprüche und Anforderungen von allen Seiten und das Wachstum der Gemeinde sind die Arbeiten nicht mehr fristgerecht zu erledigen. Ueberstunden (teilweise massiv) sind die Norm. All dies ist mit den bestehenden Ressourcen längst nicht mehr zu bewältigen. Besonders betroffen sind in erster Linie die Bereiche Bauverwaltung, Einwohnerdienste und nachgelagert die Bereiche Steuern, Gebühren sowie das Mahnwesen.

Wie sieht es in den einzelnen Bereichen aus?

Im Bereich Bauverwaltung kamen etliche Zusatzaufgaben dazu, welche früher mehrheitlich durch die Kommissionspräsidien erledigt wurden.

- Personalverantwortung (Werkhof und Abwarte)
- Unterhalt öffentliche Gebäude
- Budgetverantwortung
- Bauabnahmen (in der Vergangenheit nicht vollumfänglich durchgeführt) ca. 145 Objekte offen
- Sicherheitsbeauftragter
- Digitalisierung (Prozesse der Bauverwaltung digitalisieren)
- Zukünftige Verdichtung/Auswirkung neues Raumplanungsrecht / Mehraufwand

Die Stelle der Bereichsleiterin Administration/Gemeindeschreiberin wurde im Nachgang an die Umstrukturierungen in der Gemeindeverwaltung per 1. Januar 2017 umgestaltet. Die Ansprüche an die Dienstleistungen in diesem Bereich haben seit 2017 markant zugenommen. Nachfolgend grob umschrieben die zusätzlichen Dienstleistungen:

- Zunehmende Anzahl Projekte in Kommissionen/Gemeinderat
 - Dadurch anspruchsvollere Vor- und Nachbearbeitungen sowie intensivere/längere Gemeinderatssitzungen
 - Aktenstau: Grössere Mengen Unterlagen aus früheren Jahren, die bisher weder registriert noch abgelegt werden konnten.
- Die Einwohnerkontrolle verarbeitet seit mehreren Jahren eine stark angestiegene Zuwanderung aus dem Ausland (Ersteinreise)
 - Erhöhter Aufwand im Bereich Integrationsarbeit (vom Kanton abdelegiert)
 - Zunahme an Grenzgängern
 - Mehrarbeit durch stark erhöhte Fluktuation im Bereich Einwohner
 - Zunahme von Spezialfällen
- Dazu kommen viele weitere Zusatzaufgaben, welche laufend vom Kanton an die Einwohnerdienste abdelegiert werden. Die elektronischen Möglichkeiten, welche den Einwohnern das Meldewesen erleichtern, verursachen auf der anderen Seite in der Einwohnerkontrolle zusätzliche Arbeiten. Die ganze Digitalisierung hat zudem generell enorme Auswirkungen.
- Nicht zuletzt hat im Bereich der AHV-Zweigstelle ein erheblicher Anstieg der EL-Gesuche und die damit einhergehenden Beratungen stattgefunden.

Fazit

Die Mehrstunden häufen sich massiv an und lassen sich (teilweise seit Jahren) nicht mehr abbauen. Die Gemeindeverwaltung verfügt im Moment über ein sehr gut funktionierendes und sich ergänzendes Team, das es zu erhalten gilt. Diese Ueberbelastung darf auch deshalb nicht noch weiter zum Dauerzustand werden. Die Mitarbeitenden brennen aus.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung eine zusätzliche Stelle für die Verwaltungsaufgaben im Betrag von Fr. 80'000.--. Die Aufteilung der auszuführenden Tätigkeiten obliegt dem Gemeinderat und wird aufgrund der Auslastung definiert.

Protokollauszug an:

- Gemeindepräsident
- Kanzlei (zur Vorbereitung für Gemeindeversammlung)
- Verwaltungsleitung